

## NACHGEFRAGT

## Wandel zu einer Smart City braucht Zeit



**Winterthur** Am Institut für Angewandte Medienwissenschaft der ZHAW ist heute Donnerstag ein Anlass über «Smart Cities».

Am anschliessenden Think Tank nimmt auch Vicente Carabias, Leiter Fachstelle Smart City der Stadt Winterthur (Foto), teil.

## Was sich in Asien bezüglich künstlicher Intelligenz tut, macht Schweizer Bürgern Angst. Fürchten Sie sich auch?

**Vicente Carabias:** Nein, mein Vertrauen in das schweizerische, demokratische Rechtssystem ist intakt. Damit will ich sagen, dass sich Schweizer Bürger nicht à priori vor der technologischen Entwicklung an sich fürchten, sondern eher vor deren Anwendung in Überwachungsstaaten.

## Welche Chancen für Winterthur sehen Sie in den Entwicklungen in Fernost?

Wir können von diesen Erfahrungen lernen: Sei es beim Einsatz digitaler Medien sowie im Umgang mit digitalen Inhalten oder in der Offenheit, die Stadt als Showroom und Marktplatz von smarten Experimenten und neuen Lösungsansätzen zu positionieren. In gewissen asiatischen Städten herrscht ein grösserer Handlungsdruck bezüglich Bevölkerungsdichte, Umweltqualität, Verkehrssituation, der Lösungen hervorruft, die für uns von Interesse sein können.

## Das Smart-City-Projekt für ein digitales Kundenportal von Stadtwerk ist massiv in Verzug. Kommt die Smart City generell nur schleppend voran?

Das sehe ich nicht so. Die Transformation zu einer Smart City ist in gebauten Infrastrukturen ein langfristiger Prozess, der abhängig ist von vielen Rahmenbedingungen, Investitionen und Partnerschaften zwischen der öffentlichen Hand, Wissenschaft, Wirtschaft und Zivilgesellschaft. Die Verzögerung bei der Ausschreibung des digitalen Kundenportals heisst nicht, dass Smart-City-Projekte im Allgemeinen verzögert sind. *Interview: mth*

## Pro Velo kritisiert Bauamt für mangelhafte Infopolitik

Von Michael Hotz

Das Projekt für eine autofreie Stadthausstrasse steht aktuell still, weil es Pro Velo angefochten hat. Nun kommt es zu Gesprächen. Pro Velo macht kommunikative und rechtliche Mängel beim Bauamt geltend.

**Winterthur** Das Abschleppregime rund um den Hauptbahnhof hat jüngst regierungsrätliche Wellen in den Medien geworfen. Weil die Stadtpolizei das ausserhalb der Markierungen parkierte Velo von Jacqueline Fehr (SP) eingesackt hatte, wandte sich die Regierungsrätin mit einer E-Mail an die Stadträtinnen Christa Meier (SP) und Barbara Günthard-Maier (FDP).

## Mitwirkungsverfahren ignoriert

Nun reagierte Pro Velo Winterthur mit einem Schreiben an die Stadt und die Medien auf die Praxis für falsch abgestellte Fahrräder. Darin wird die Stadt für eine mangelhafte Informationspolitik kritisiert. Dem Bauamt gelinge es seit Sommer 2017 nicht mehr, angemessen über bauliche Veränderungen bei Veloabstellplätzen zu informieren. Damals wurden beim Casinotheater an der Stadthausstrasse wegen einer Baustelle gut 100 Veloparkplätze temporär aufgehoben.

Auf Anfrage nennt Kurt Egli, Geschäftsführer von Pro Velo Winterthur, den kürzlich für die Baustellenankündigung angebrachten «Schilderwald» bei der Münzgasse als jüngstes Beispiel für eine unsaubere Information seitens des Bauamtes. «Es wiederholt sich leider dauernd.» Ähnliche kommunikative Mängel sieht Pro Velo gemäss einem Bericht im «Velojournal» auch beim Projekt für eine rasche Verkehrsberuhigung der Stadthausstrasse, das die Stadt Anfang Dezember öffentlich aufgelegt hat. Laut den Plänen sollen im unteren Teil der Stadthausstrasse zwischen Bahnhofplatz und Bankstrasse mehr als die Hälfte der Veloabstellplätze verschwinden. Das Baudepartement hat gemäss «Velojournal» bei diesem Projekt das Mitwirkungsverfahren für die Öffentlichkeit ausgelassen.

## Pro Velo will mit der Stadt reden

Pro Velo und der VCS haben deshalb mit einer Einsprache gegen das



Bald weg? Die Stadt will auf der Stadthausstrasse zwischen Bankstrasse und Bahnhofplatz viele Abstellplätze für Velos abbauen. Pro Velo gefällt dies nicht. *mth*

Projekt und einen Rekurs beim Statthalteramt gegen die parallel aufgelegten Signalisationen und Markierungen reagiert. Aktuell sind Einsprache und Rekurs sistiert. In einem Einigungsverfahren mit der Stadt sollen die strittigen Punkte zügig bereinigt werden. Gewisse Forderungen liegen aber bereits auf dem Tisch: «Wir bestehen darauf, dass beim Thema Abstellplätze in Bahnhofsnähe nicht weiter geschludert wird, sondern eine saubere Planung mit verschiedenen Varianten und einem Mitwirkungsverfahren für die Öffentlichkeit gemacht wird», so Egli. Es sei unumgänglich, dass die heutige Zahl der Veloparkplätze für Penderinnen und Pender im Bereich der unteren Stadthausstrasse und der Bankstrasse weitgehend erhalten bleibe.

## Stadt bestätigt Gespräche

Das Baudepartement bestätigt, dass Gespräche mit den Einsprechenden stattfinden, um sich zu einigen. Auf detailliertere Fragen wird aber nicht eingegangen. Diese seien Teil der Gespräche, so der Departementssekretär Lukas Mischler. Zum Vorwurf einer mangelhaften Informationspolitik sagt er: «Wir haben dazu seit Baustart der Rampe 21 keine grundlegende Kritik erhalten. Auch die Erfahrungen bei den grossen Umstellungen in den letzten zwei Jahren wurden vom Tiefbauamt positiv wahrgenommen.» Gemessen an der grossen An-

zahl von Betroffenen seien nur sehr wenige negative Rückmeldungen eingegangen.

Sprecher Mischler weist darauf hin, dass über die Bauarbeiten der Rampe 21 direkt vor Ort mit aufgestellten Informationsstelen informiert werde, die auch einen Plan mit Veloabstellplätzen sowie Kontakt- und Ortsangaben für abtransportierte Velos beinhalten würden. «Bei Umstellungen werden zusätzlich rund zwei Wochen vorher auffällige rote Infostelen, Parkverbotschilder und Absperrbänder installiert.» Grössere Sachen begleite das Tiefbauamt zudem mit einer Medienmitteilung. Dennoch werde die Kommunikation mit den Partnern angeschaut. «Wir werden Verbesserungen in die Wege leiten, wo wir dies für nötig erachten», verspricht Mischler.

## Kritik an Velo-Abschleppregime

**Winterthur** Die Stadtpolizei Winterthur bringt abgeschleppte Fahrräder ins Fundbüro der Brühlgut Stiftung in Töss. Gegen eine Gebühr von 50 Franken kann es dort wieder abgeholt werden. Pro Velo kritisiert dieses Vorgehen als nicht transparent. Rechtlich korrekt sei eine Ordnungsbusse, die man anfechten könne. Die Stadtpolizei hat gegenüber «toponline» zugegeben, dass mit den ausgestellten Quittungen des Fundbüros etwas nicht stimmt. Man würde diese in Zukunft transparenter machen. *mth*

## POLITALK

## Rosengartenstrasse: Plan B

Das Fazit zum Abstimmungsergebnis über den Rosengartentunnel lautet zusammenfassend: Kein Tunnel, kein Tram und kein Plan B. Klar ist vor allem eines: Der Tunnel ist weg vom Tisch. Seitdem das Resultat bekannt ist, rätseln die Medien über die Zukunft der Rosengartenstrasse. Weil die zuständige Regierungsrätin Carmen Walker Späh nicht umgehend eine neue Lösung präsentierte, konnte man da und dort lesen: Es gibt keinen Plan B.

Ich bin froh, dass uns Carmen Walker Späh keinen Plan B auf-tischen konnte. Wir brauchen keine weiteren Vorschläge. Denn der Plan B existiert bereits. Die Reduktion auf Tempo 30, denn dies ist nach wie vor die effizienteste und einfachste Lärmschutzmassnahme. Mit zusätzlichen Lärmschutzwänden und einem Transitverbot für Lastwagen könnte der Lärm noch zusätzlich reduziert werden. Zudem ist dem Langsamverkehr mit sicheren, ebenerdigen Strassenquerungen und anständigen Velospuren endlich den ihm gebührenden Platz einzuräumen. Ergänzend ist eine Busbevorzugung angezeigt, damit der öffentliche Verkehr auf der Rosengartenstrasse nicht ausgebremst wird. Kein Plan B? Der Plan B ist bereit zur Umsetzung. *Christian Griesser*



Christian Griesser ist Winterthurer Gemeinderat der Grünen.

## Polizei soll auch Ausländer anstellen

**Winterthur** Nach aktueller Gesetzeslage dürfen bei der Stadtpolizei Winterthur keine Personen rekrutiert werden, die nicht über den Schweizer Pass verfügen. Mit einem Postulat, das letzten Montag im Gemeinderat eingereicht worden ist, will dies die GLP zusammen mit den Fraktionen der SP, Grüne/AL und EVP nun ändern. Die Parteien fordern, den Abbau bestehender Zugangsschranken zu prüfen und so den Arbeitsmarkt insbesondere der Stadtpolizei für Personen ohne Schweizer Pass zu öffnen.

**Kompetenzen sollen mehr zählen** Ausländische Bürger machen knapp ein Viertel der Winterthurer Bevölkerung aus. Auf dieses Potential verzichtet die Stadt aus Sicht der Verfasser des Postulats ohne Not – «obwohl hinlänglich bekannt ist, dass der Stellenmarkt zur Rekrutierung geeigneter Polizistinnen und Polizisten ausgetrocknet ist und sich anspruchsvoll gestaltet», wie es in einer Medienmitteilung der GLP heisst. Ausbildung und berufliche Kompetenzen und nicht die Staatsbürgerschaft sollten im Vordergrund stehen. Urs Glättli, Co-Präsident der GLP Winterthur, sagt dazu: «Es ist Zeit, auf allen föderalen Ebenen bestehende Zugangsschranken für ausländische Personen zu überprüfen und wo möglich abzubauen. Chancengleichheit, Vielfalt und Integration erfordert offene Arbeitsmärkte, auch im öffentlichen Dienst.» *mth*

## POLITALK

## Wegzüge wichtiger Arbeitgeber – Zeit für wirtschaftsfreundliche Signale

Es sind gleich drei Hiobsbotschaften, die Winterthur in der jüngeren Vergangenheit erreicht haben: Die Verlagerung der Produktion bei Rieter beziehungsweise die Wegzüge von Zimmer Biomet und Wärtsilä. Die Stadt Winterthur verliert Arbeitsplätze und Steuereinkünfte. Noch kein Grund zur Panik, aber auch keine Nachrichten, die man auf die leichte Schulter nehmen sollte.

Zimmer Biomet und Wärtsilä haben ihre Entscheidung unter anderem mit steuerlichen Überlegungen begründet. Ein kurzfristig kaum rasch zu korrigierendes Fak-

torium ist, dass der Kanton Zürich im interkantonalen Steuerwettbewerb rein von der Steuerattraktivität her nicht mit den Kantonen Thurgau (Wärtsilä) und Zug (Zimmer Biomet) mithalten kann; erschwerend kommt hinzu, dass Winterthur mit seinem Steuerfuss im innerkantonalen Vergleich ebenfalls alles andere als einen Spitzenplatz belegt. Aus Sicht der FDP ist es daher umso wichtiger, dass man alles daran setzt, diese Ausgangslage nicht noch unnötig zu verschlechtern. Wichtig: Es geht für Winterthur nicht darum, mit den Steuerfüssen im ländlichen Speckgürtel in Konkurrenz zu treten, sondern verläss-

liche Signale an die Wirtschaft auszusenden, dass sich die steuerliche Situation in den nächsten Jahren nicht noch weiter verschlechtern wird.

Der Kanton Zürich wie auch die Stadt Winterthur hätten jedoch auch gewichtige Stärken, auf die man zu Recht stolz sein und die man auch im interkantonalen Ansiedlungswettbewerb ausspielen kann. Der Stadt Zürich wie auch dem Glattalgebiet gelingt dies aktuell hervorragend; der Stadt Winterthur hingegen nicht ganz so gut. Es ist daher wichtig, dass die Winterthurer Politik auch bei den nicht-

fiskalischen Aspekten zu einem verlässlicheren Partner für die Wirtschaft wird und eine gewisse Willkommenskultur ausstrahlt. Für die FDP Winterthur eine Selbstverständlichkeit – für die aktuelle politische Mehrheit leider hingegen weniger... *Urs Hofer*



Urs Hofer, Fraktionspräsident FDP, Mitglied der Aufsichtskommission.